

Leipziger Künstlervereinigung und ähnlicher Klim-
bin in Frage, dem wir je nach Form und Inhalt
die Einmischung in unsere Angelegenheiten zu ver-
sagen halten. Das mag nicht immer im höflichen
Tone gechehen sein, aber bei den Leuten, mit
denen man es hier zu thun hat, ist eben knigges
Umgang mit Menschen nicht angebracht.

Am paritätischen Arbeitsnachweise betei-
ligen wir uns ebenfalls, um der Gewerkschafts-
bewegung nützlich zu sein — das ist ein weiteres
Verbrechen an der modernen Arbeiterbewegung. Ja,
wir lassen dies nicht einmal dem Hirsch-Dunder-
schen Gewerksverein allein über, sondern suchen
im Sinne moderner Auffassung in diesem Arbeits-
nachweise zu wirken, das ist himmelschreiend, „ob-
schon die Leipziger Arbeiterschaft die Beteiligung
einheitlich abgelehnt hat“. Jawohl, das Kartell
zieht jedesmal seine, wenn es gilt, auf einem
vorgesprochenen Posten der Arbeiterfrage nützlich
zu sein, und als wir im Leipziger Kartelle
und in einer Versammlung der sozialwissenschaft-
lichen Vereinigung den Kartellmitgliedern das Ver-
werfliche ihrer Stellungnahme vorhielten, waren
die Herren stumm wie die Fische. Wenn man die
„einheitliche“ Ablehnung dieser Beteiligung durch
die Kartellintelligenzen als hohen prinzipiellen
Standpunkt preist, so ist es jedenfalls nur unser
Nüchternheit zuzuschreiben, daß wir denselben
nicht zu fassen vermögen. Es gehört mehr Mut
dazu, in einer solchen Institution für die Arbeiter
zu wirken als die Ablehnung feig mit „prinzipiellen“
Grundsätzen zu motivieren. In Leipzig geht man
aber mit einer geradezu krankhaften Manie darauf
aus, die Arbeiter von jeder praktischen Tätigkeit
fernzuhalten, jedenfalls um das „Klassenbewußt-
sein“ nicht zu gefährden. Wie leicht dies geschehen
kann, hat Herr Gschik mit dem Ausspruch be-
wiesen, daß man die Buchdrucker aus dem Kartelle
fernhalten müsse, weil die Delegierten dem Sirenen-
gesänge der Buchdrucker nicht widerstehen und —
umfallen würden.

Korrespondenzen.

Te. Berlin. Die Dezember-Versammlung des Ber-
liner Vereins der Stereotypen usw. eröffnete der
Vorstand mit den Grüßen des Dresdener Vereins, an
dessen Stiftungsfeste der Vorsitzende im Namen des
Berliner Vereins teilgenommen. Sodann beleuchtete
der Vorsitzende die Vorgänge bei dem Vorgehen seitens
unserer Mitglieder bei einer hiesigen Firma. Nachdem
unsere Kollegen (nebenbei sind dort auch zwei Nicht-
mitglieder beschäftigt) mit ihrer Forderung abgewiesen
waren, wurde jedoch die Sache durch Eingreifen des Vor-
standes zu gunsten der Kollegen erledigt. Bei dieser
Gelegenheit gestellte Koll. W. Kndt besonders die Art
und Weise, wie sich mitunter Kollegen finden, die sonst
sehr säuberlich zurückbleiben, wenn es gilt, etwas durch-
zudrücken, und sich, wenn der Vorstoß gescheitert, mit
fremden Ertragsleistungen ausstaffieren. — Aufgenommen
wurden drei, neu gemeldet haben sich vier Kollegen.
Längere Zeit wurde über unsere Vertretung im graphischen
Kartelle debattiert. Verschiedene Redner waren für, andere
gegen eine Vertretung unferseits. Schließlich wurde
die Angelegenheit dem Vorstand zur Erledigung über-
wiesen. Nachdem noch bekannt gemacht wurde, daß die
Demonstration bei unserm Maschinenbau am 11. Uhr
stattfindet, schloß die Sitzung mit einem Glückwunsche
des Vorsitzenden an die Mitglieder.

d. Juidan. Nachdem das Verbot des Inver-
bindungstretens der Vereine im vorigen Jahre aufgehoben
worden war, richtete sich das Verlangen der Einzelmit-
glieder am hiesigen Orte auf Errichtung einer Mitglieds-
schaft. Mit diesem Punkte befaßte sich bereits eine am
30. September v. J. abgehaltene öffentliche Buchdrucker-
versammlung, in welcher die Errichtung einer solchen
beschlossen und eine Statutenkommission mit der
Ausarbeitung eines Statutentwurfes betraut wurde. In
der weiter am 9. Dezember abgehaltenen Versammlung
wurde der vorgelegte Statutenentwurf angenommen, der-
selbe zur Prüfung bezw. Genehmigung der Polizeibehörde
unterbreitet und erhielten wir das Statut unterm 3. Ja-
nuar 1900 als genehmigt zurück. Wir sind nun in die
glückliche Lage versetzt, mit dem Beginne des zwanzigsten
Jahrhunderts eine Mitgliedschaft zu besitzen. Die Ver-
waltung ist zusammengelegt aus den Kollegen: Capier,
Vorstand: Kassierer, Kassierer; Binder, Schriftführer;
Kämpfer, Bibliothekar; Köhne und Wagner, Beisitzer.
Als Revisoren fungieren die Kollegen Kluge und Müller.
In einer jüngst stattgefundenen Versammlung standen
sich zwei weitere wichtige Punkte zur Tagesordnung
und zwar: Obligatorisierung des Corr. sowie Publizierung
der Vereinsbekanntmachungen in denselben. Beide Punkte

wurden mit großer Mehrheit angenommen. Der Abon-
nementsbeitrag wird je zur Hälfte von der Gau- und
Mitgliedschaftskasse gedeckt. Beim Beginne des neuen
Jahres wird nun jedes Mitglied in den Besitz eines
Exemplares unsers Organes gelangt sein, wenn die be-
treffenden Vertrauensmänner in den Offizinen ihre Be-
stellung rechtzeitig bei der Post bewirkt haben. Zu kon-
statieren ist noch, daß das Verbandsleben hier selbst
den letzten Jahren in stille, man möchte fast sagen gleich-
gültige Bahnen eingelenkt ist. Beweis hierfür ist der
überaus schwache Besuch der abgehaltenen Versammlungen.
Während wir früher äußerst gutbesuchte Versammlungen
zu verzeichnen hatten, ist seit geraumer Zeit das gerade
Gegenteil wahrzunehmen. Das Groß der Mitglieder
läßt sich eben nicht einmal durch die einschneidenden
Tagesordnungspunkte auf die Beine bringen. Der Grund
hierfür dürfte zum Teile auch in der leidigen Lokalfrage
zu suchen sein, da wir gezwungen sind, im „roten“ Lokale
unsere Versammlungen abhalten zu müssen, woran sich
mancher noch nicht zu den gewöhnlichen Arbeitern rech-
nender Verbandskollege stößt. Hierfür müssen sich letztere
bei der Polizei bedanken, die uns von Lokal zu Lokal
getrieben, bis wir endlich dahin gekommen, wo uns
jedenfalls die Polizei, der besten Beobachtung halber,
aber nicht jene Kollegen hin wünschen, nämlich ins
Belvedere. Dieser polizeilichen Störfrage hatten sich auch
noch andere Gewerkschaften zu erwehren, und so müssen
wir uns denn mit den gegebenen Verhältnissen abzu-
finden suchen und wir würden den Kollegen im Interesse
der Gesamtheit raten, das Gleiche zu thun. Auch würden
wir denjenigen Kollegen, welche sich politisch fühlen,
raten, ihrer Gewerkschaft mehr Aufmerksamkeit und
Pflichtbewußtheit entgegen zu bringen. Noch befindet
sich hier am Orte ein anderer Teil von Kollegen, welcher
sich das ganze Jahr hindurch nicht in den Versammlungen
sehen läßt, sobald es ihnen aber in Bezug der
Kunst an den Tragen geht, dann wissen sie ganz genau,
wo ihnen geholfen werden kann. Doch für diesmal ge-
nug. Wir hoffen und wünschen, daß das neue Jahr mit
der Errichtung der Mitgliedschaft auch im Kreise der
Verbandskollegen die gebührende Würdigung findet. Also
auf zu neuem Ehn und Wirken, hinweg mit der bis
dato gezeigten Gleichgültigkeit, zeigt euch einmal wieder,
daß ihr es noch ehrlich meint, die Interessen des Ver-
bandes hochzuhalten.

Rundschau.

Das „Laboratorium Fallnicht“ in **Altona** be-
ehrt uns aus Anlaß des Artikels „Druckerei-Erfindungen“ in
Nr. 1 mit folgender Zuschrift: „Die gehässigen und be-
leidigenden Angriffe in Ihrer letzten Nummer veranlassen
mich 1. meinen Personale die Haltung Ihrer Zeitung
zu verbieten, 2. gegen Sie Strafanzeige wegen öffent-
licher Beleidigung und Verleumdung zu erstatten.
H. Fallnicht.“ — Herr F. hat seinem Personale in dieser
Beziehung gar nichts zu verbieten, das wird ihm hoffent-
lich von seinen Gehilfen begreiflich gemacht werden. Der
angedrohten Klage sehen wir mit vollständiger Würdig-
keit entgegen.

Am 1. Januar feierte der Stadtälteste Dr. Heinrich
v. Korn in Breslau, in Firma Wilhelm Gottlob Korn,
die vor fünfzig Jahren erfolgte Liebernahme des Geschäftes
seiner Väter, das 1732 von Johann Jakob Korn ge-
gründet worden war. Es mag bei dieser Gelegenheit er-
wähnt sein, daß der Jubilar der eigentliche Urheber des
Friedensschlusses zwischen Brinipalen und Gehilfen im
Jahre 1873 war.

Der Allg. Anz. f. Dr. teilt mit, daß nach den
Forschungen des Prof. Dr. Wederling im hiesigen
Archiv zu Worms der dortige Rat der Stadt am
17. August 1700 einem Buchdrucker Kranzbühler die
Erlaubnis zur Errichtung einer Buchdruckerei erteilt hat.
Danach wäre die Kranzbühlerische Druckerei in Worms
seit 200 Jahren im Besitze der Familie.

Die J. L. Komenische Verlagshandlung, Buch- und
Steindruckerei in Emmerich a. Rh., feierte am 1. Januar
ihre hundertjährige Feste. Gründer der Firma war
der aus Maastricht (holland) gebürtige Johann Lambert
Komen, gestorben am 8. Januar 1829. Das Geschäft
ist auch heute noch im Besitze der Familie.

Das literarische Zentralblatt für Deutsch-
land, begründet von Friedrich Jarnde, konnte mit
Schluß des Jahres auf ein fünfzigjähriges Bestehen
zurückblicken.

Die Firma Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und
Maschinenbau-Gesellschaft Nürnberg A.-G. lieferte mit
Schluß des Jahres die 6000. Schnellpresse — eine
Zwillings-Notationsmaschine für die neuesten Nachrichten
in Chemnitz — ab. Das erste Tausend brauchte zwanzig
Jahre Zeit, während nach Verlauf von weiteren
3 1/2 Jahren bereits das sechste Tausend fertig gestellt wurde.

Die Frankfurter Tagespost und die Fürther
Bürger-Zeitung gehen am 1. Juli in den Besitz der
soz.-dem. Partei über. Den Verlag übernimmt eine aus
dortigen Parteimitgliedern gebildete offene Handelsgesell-
schaft, den Druck die neuerrichtete Buchdruckerei von
Dertel. Der Chefredakteur Dr. Südekum tritt am 1. April
aus der Redaktion aus.

Das Arbeitersekretariat in Breslau hat am 8. Ja-
nuar seine Tätigkeit begonnen.

Der frühere Redakteur des Schöneberger Tage-
blattes Hugo Brüning und der Schriftsteller Alwin
Bornemann waren zu 300 bzw. 300 M. Geldstrafe ver-

urteilt worden, weil sie zwei Lehrer, die ihr Zuchtigungs-
recht weit überschritten — in dem einen Falle stand der
Tod eines Knaben in mittelbarem Zusammenhange mit
der Zuchtigung — an den verübten Kränken geübt.
Das Reichsgericht hat dieses Urteil aufgehoben und an
eine andre Berliner Strafkammer verwiesen. Hier er-
folgte Freisprechung.

Der Graf Büdler Klein-Eschorn, welcher seiner anti-
semitischen Gesinnung in bekannter drastischer Weise be-
artigen Ausdruck gab, daß er sich in Gemeinschaft mit
der Staatsbürger-Zeitung eine Auflage wegen Auf-
reizung zum Klassenhaß bezog, wurde freigesprochen.
Beantwagt waren 300 M. Geldstrafe.

Wie in Deutschland so haben auch in Oesterreich
sich die Papierfabrikanten zu einer Erhöhung der
Preise verständigt. Holzhaltige Druckpapiere sollen um
10 Proz., alle anderen Papierarten um 5 Proz. erhöht
werden. Für holzfreie Papiere wurde ein Minimalpreis,
für faconierte Papiere ein Preisausschlag festgesetzt. Als
Grund wird die Preissteigerung sämtlicher Rohmaterialien
und der Kohle und der infolge ungünstiger Wasser-
verhältnisse eingetretene Mangel an Holzstoff angegeben.

Die kostümwissenschaftliche Sammlung des
Freiherrn Franz von Lipperheide ist schon jetzt in das
Kunstgewerbe-Museum in Berlin übergegangen, was
stiftungsgemäß erst nach dem Ableben des Stifters ge-
schehen sollte. Die Kostümbibliothek enthält 4335 Werke
(Bücher- und Handschriften) in 5818 Bänden, 121 Al-
manach-Serien mit 827 Bänden sowie 3708 Wände von Zeit-
schriften. Die Sammlung der Einzelblätter besteht aus
2672 Handschriften und 24176 Kupferstichen, Holz-
schnitten und Lithographien. Dazu kommt eine große
Sammlung von Modekupfern und neueren kulturgeschicht-
lichen Blättern.

Das Landgericht Würzburg befand, daß Boykott
kein grober Unfug sei. Der Redakteur der Unterr.
Volksbibliothek hatte einen Boykott-Aufruf gegen eine
Brauerei veröffentlicht und war dieserhalb vom Schöff-
engerichte Schweinfurt zu 75 M. Geldstrafe verurteilt
worden. Die Strafkammer erklärte, der § 360, 11 be-
ziehe sich nur auf die Erregung ruhestörender Lärms,
nicht aber auf die Möglichkeit, daß sich jemand durch
eine Aufforderung zum Boykott beunruhigt oder be-
lästigt fühlen könne.

Einen ganz besonders weittragenden Beschluß hat der
Arbeitgeber-Bund im Berliner Baugewerbe ge-
faßt. Er hat nämlich die Streikklausei in Bauverträgen,
wonach die festgesetzte Konventionalstrafe bei nicht recht-
zeitiger Fertigstellung des Baues für den Streikfall nicht
in Anwendung kommt, auch auf Ausperrungen aus-
gedehnt. Danach hat es der Bund in der Hand, die ge-
samte Bauhätigkeit aus den verschiedensten Gründen nach
eigem Ermessen auf Zeit einzustellen, ohne daß die
Unternehmer sich dagegen schütten können.

Der Verband deutscher Metallindustrieller hat
eine neue Arbeitsordnung erlassen, welche den Befehl
der Arbeiter nicht findet, weil sie offensbare Verschlechte-
rungen der Arbeitsverhältnisse enthält. Der Vorstand
des Metallarbeiterverbandes hat daher die Mitglieder an-
gewiesen, jede Veränderung der Lohn- und Arbeitsver-
hältnisse durch diese neue „Ordnung“ sofort ihm zur An-
zeige zu bringen, um rechtzeitig Schritte dagegen thun zu
können.

Der Verband der Deutschen Schuh- und Schäfte-
fabrikanten hat gegen die von den Arbeitern geplante
Einführung der neunstündigen Arbeitszeit Front ge-
macht. Er fordert seine Mitglieder auf, gegen diese
Forderung einheitlich vorzugehen. Der in dem Rund-
schreiben angegebene Grund zu diesem Vorgehen zeugt
von wenig Verständnis. Die Herren lagern nämlich, man
sönne ein Anhänger kurzer Arbeitszeit sein und müsse
doch zugeben, daß die Forderung entschieden zurück-
zuweisen sei, da „unsere Arbeiter in Bezug auf Leistungsfähigkeit
sich noch lange nicht mit den amerikanischen
messen könnten“. Der Verfasser dieser Weisheit hat hier
offenbar Wirkung und Ursache verwechselt.

Die Zwangsinnung der Schreiner in Bonn
wollte sich auflösen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit
rettete sie aber vorläufig vor diesem Schicksale. 92 stimmten
für, 54 gegen die Auflösung, es fehlten also noch 8 Stim-
men, die sich bei einem zweiten Versuche wohl finden
dürften. — Die Schlosser-Zinnung ebendasselbe betraf
eine Versammlung zur Wahl des Gesellen-Ausschusses.
Der Vorstand der Innung war zwar auf dem Platze,
mußte aber unrichtiger Sache wieder abgeben, da kein
einziges Geselle erschienen war. — Die Zwangsinnung
der Klempner, Installateure, Kupferschmiede, Pumpen-
macher und Gürtler in Köln wurde am 31. Dezember
vom Regierungspräsidenten geschlossen.

Die Thüringische Invalidenversicherungs-
anstalt hat das Rittergut Edelhof bei Gelbach in der
Nähe von Rudolstadt angekauft, um dort eine Anstalt
zu errichten für Invaliden und Altersrentner, die ohne
eigene Familie sind und mit ihrer Rente schwierig oder gar
nicht unterkunft in einer Familie als Pensionär finden.
Die Grundstücke sind zum Teile auch zur Errichtung
eines Genußgenossenschafts für Frauen bestimmt, wofür
bereits 60000 M. bewilligt wurden. Im Interesse der
Versicherten hat die Anstalt auch die Errichtung von
Krankenpflegerstationen auf dem Lande unterstützt und
dafür Beiträge bewilligt.

Die Zahl der im vorigen Jahre aus Schleswig-
Holstein ausgewichenen dänischen Staatsangehörigen
beträgt nach dem Berliner Tageblatte nahezu dreihundert.

